

Vorlage Nr. 101.17.1720

18. Mai 2015
1 von 2

**ALG II-Bezieher*innen als Elternzeitvertretung oder für Krankheitsvertretung
vorrangig einstellen**

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Die Stadt Kassel stellt als Elternzeitvertretung, zur Vertretung bei längeren krankheitsbedingten Ausfällen und für die Beschäftigung in zweckbefristeten Anstellungen vorrangig ALG II-Bezieher*innen ein.
- 2) Bei der Besetzung von Stellen in Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, gilt dieser Vorrang nur in Bezug auf weibliche ALG II-Bezieher*innen.
- 3) Falls die an der ausgeschriebenen Stelle bzw. den ausgeschriebenen Stellen interessierten ALG II-Bezieher*innen die Qualifikationsanforderungen nicht vollständig erfüllen, soll eine adäquate Weiterbildung erfolgen.
- 4) Vor Beginn entsprechender Qualifizierungsmaßnahmen soll geprüft werden, ob die Kosten hierfür ganz oder teilweise vom Land, vom Bund, der EU oder einer anderen öffentlichen Stelle übernommen werden können.
- 5) Die Stadt Kassel wirkt bei den Unternehmen an denen sie beteiligt ist darauf hin, dass dort vergleichbare Regelungen eingeführt werden.

Begründung:

Selbst bei guter bis sehr guter Qualifikation haben viele ALG II-Bezieher*innen auf absehbare Zeit kaum Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt, da sie nicht über die für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt in der Regel unerlässliche praktische Berufserfahrung verfügen oder diese aufgrund einer längeren Erwerbsunterbrechung nicht mehr aktuell ist. Daher ist es nötig, dass die öffentliche Hand sich bei der Integration dieses Personenkreises in den ersten Arbeitsmarkt stärker engagiert. Die Anstellung als

Elternzeitvertretung oder als Vertretung im Krankheitsfall bzw. eine befristete Anstellung im Rahmen eines Projektes ist eine gute und vergleichsweise kostengünstige Möglichkeit, den ALG II-Bezieher*innen die nötige praktische Berufserfahrung zu verschaffen um im Anschluss eine reguläre, ausbildungsadäquate Beschäftigung zu finden, die dauerhaft ein Leben ohne staatliche Unterstützung ermöglicht.

2 von 2

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Vera Kaufmann

gez. Axel Selbert
Stellv. Fraktionsvorsitzender